

# Sinn der Welt

07.10.2015 von Heike Maria Werding

Die Bewohner des Osnabrücker Landes sind von alters her ein standhaftes Völkchen. Tragen die Bewohner im Norden Deutschlands doch das Prädikat besonders glücklich zu sein, so sind es aktuell hunderte systemkritische Bürger, die nicht nur die Ortsbürgermeister, Bürgermeister und den Landrat, sondern auch die Gerichtsvollzieher und Präsidenten der Gerichte mit aufmüpfigen Briefen und handelsrechtlichen Forderungen tyrannisieren, in denen sie die Legitimation für deren Handeln fordern und einem aufoktroyierten Handelssystem Paroli bieten.

Dieser charmante und penetrante Charakter entwickelte sich vielleicht auch deshalb, weil in den Teutoburger Herzen das Blut der germanischen Stämme fließt, die um 9 n. Chr. hier durch die Varusschlacht die historische Befreiung der Sklavenhalterei und das Ende des römischen Rechts erkämpften. So scheint der Schutz der Götter auch den derzeitigen Bewohnern dieser Region den Mut zum Aufstand gegen eine geplante Weltherrschaft zu geben und die Kraft sich gegen TTIP und ESM aufzulehnen.



Wenn Einwohner sich hierzulande auf ihre Rechte berufen und darauf bestehen, dass Urteile unterschrieben zu sein haben oder sich Beschwerden über eine rechtlose Justiz und Beamte häufen, kommt uns unweigerlich der Art 20 (2) GG in den Sinn. In dem heißt es:

**Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.**

So scheint es nun aber nicht zu sein! Spannend dazu, die Landesverfassungen, die sich jüngst in Gesetze wandelten, genauer zu lesen. Hier tauchen Bürger und Einwohner oder Staatsangehörige auf. Es ist hier auch die Rede von Körperschaften, Gebietskörperschaften, Kommunen, hoheitlichen Rechten ... so dass wir hier versuchen etwas Ordnung in das ganze Thema zu bringen.

Wir kennen das, wenn Häuser verkauft werden und die Versicherer den Verkaufswert in Reichsmark nach 1914 berechnen?

Was war 1914? Ein Kaiser, der die Bodenrechte innehielt und seinem Volk für 99 Jahre in Erbpacht übertrug, mit der Auflage diese so zu pflegen, dass die Selbstversorgung auch danach garantiert war. Das geschah damals mit dem 7. Ruhejahr und mit dem jährlich wechselnden Anbau der Ackerfrüchte.

Der Kaiser übergab damals, letztmalig wohl 1918, die Bodenrechte an die Pächter, die damit zu Bodenbesitzern mit hoheitlichen Rechten wurden. Mit diesen Bodenrechten waren die Staatsangehörigen dann auch das Volk!

Prof. Dr. Gröpl definiert Volk so<sup>1</sup>:

*Volk, das*

- sich seiner Zusammengehörigkeit bewusst geworden ist,*
- sich in einem bestimmten Gebiet zu einem Herrschaftsverband organisiert.*

*Dieser Herrschaftsverband übt Staatsgewalt aus, indem er*

- über handlungsfähige Organe und über Handlungsmittel verfügt,*
- durch seine Organe eine gesetzliche Ordnung setzt und durchsetzt.*

Und hier liegt die Lösung des Irrtums unserer Rechte als Volk:

2007/8 wurden die damaligen Bürgermeister und Ratsmitglieder von dem Verein EU<sup>2</sup> aufgefordert die Gemeinde/Gebietskörperschaft als Unternehmen anzumelden.

Nun wandelte sich damit, nach § 4 KStG, wonach es nur ein Unternehmen **oder** eine staatliche Institution geben kann, passend zu der dem wirkenden ESM/Seehandelsrechten, eine Gebietskörperschaft in ein Unternehmen ohne Bodenrecht. Und hier in diesem Moment verloren die Staatsangehörigen (Nachweis der Ahnen bis 1914 nach RuStag auf die einzelnen Bundesstaaten des Kaiserreiches) die Bezeichnung Volk. Das Volk gab es von nun an in den Unternehmensgemeinden nicht mehr. Die Niedersächsischen Landesverfassungen wurden zu den Niedersächsischen Kommunalgesetzen mit dem Verlust der Selbstbestimmung der Bürger und das Unternehmen BRD als 100%ige Gesellschafterin der BRD Finanzagentur GmbH<sup>3</sup> nahm sich 2010 das Recht, Grund und Boden ohne Besitzer/Eigentümer in Besitz zu nehmen. Somit werden wir verwaltet durch eine amerikanische Handelsfirma, deren Geltungsbereich auf Kapitalgeschäfte beschränkt zu sein scheint.

Schade, denn nach der Städtereform 1808 im ostelbischen Preußen erhielten die Gemeinden die höchsten kommunalen Selbstverwaltungsrechte in ihren Gemeinden und Städten. Und so schrieb Johann Gottfried Frey, welcher nicht unwesentlich an der Reform beteiligt war, nicht ohne Grund: **„Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen.“**

Ja und wo keine Selbstbestimmung des Volkes herrscht, da gibt es auch keine staatliche Gerichtsbarkeit, denn die wurde auf Weisung der Westmächte vom 12. September 1950 gemäß Besatzungsstatut durch das neu gefasste Gerichtsverfassungsgesetz einverleibt.<sup>4</sup>

Von weitem, über einige Leben hinweg betrachtet, könnte man auf die Idee kommen, dass hier ein längerer Plan geschmiedet wurde, der so Schritt für Schritt uns selbst zu Apoliden, Staatenlosen oder Rechtlosen gemacht hat.

Insbesondere mit Ablauf der Erbpachtrechte 2017 wäre es ein genialer Plan uns durch die Belagerung vieler Rassen von den Rechten abzuhalten.

Bedenkt man dazu, dass nach aktuell bestätigter Aussage des Bundestages<sup>5</sup> das Deutsche Reich in seinen Grenzen (Staaten-, Provinz-, Kreis- und Gemarkungsgrenzen) existiert. Da

<sup>1</sup> [http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user\\_upload/Professoren/fr11\\_ProfGroepf/Vergangene\\_Semester/lehre08-09/SRI01.pdf](http://www.uni-saarland.de/fileadmin/user_upload/Professoren/fr11_ProfGroepf/Vergangene_Semester/lehre08-09/SRI01.pdf)

<sup>2</sup> Die wahre Fratze der EU <https://www.youtube.com/watch?v=TI9tBfwdyGA> und

<http://www.orwell-staat.de/cms/files/die-nazi-wurzeln-der-eu.pdf>

<sup>3</sup> <http://www.deutsche-finanzagentur.de> „Alleiniger Gesellschafter ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen.“ Siehe auch unter AGB's

<sup>4</sup> § 15 GVG „weggefallen“ war, lautet der maßgebende Text: „§. 15.(1) Die Gerichte sind Staatsgerichte.“

<sup>5</sup> [https://www.bundestag.de/presse/hib/2015\\_06/-/380964](https://www.bundestag.de/presse/hib/2015_06/-/380964)

gibt es derzeit<sup>6</sup> noch zwei Jahre die Möglichkeit sich seine Rechte als Staatsangehöriger zurück zu holen.

Tun die Bürger das nicht, fallen Sie als Rechtlose in die derzeitigen Gesetze der Willkür und können indes schimpfen wie die Rohrspatzen über ein System, dessen geheimen Gesellschaften sich als Skull & Bones benennen und sich mit den Symbolen der Piratenflaggen schmücken und es alles andere als gut mit uns meinen. Deren Milliardäre Politiker und Presse finanzieren, Kriege initiieren und damit Flüchtlingsströme und Gesetze delegieren. Sie jonglieren ihre Machtvergabe, indem sie Gemeinden, Städte und Glaubensgruppen als Unternehmen anmelden lassen und damit die hoheitlichen Bodenrechte der Staatlichkeit und den hiesigen Kirchen entziehen. Damit überstehen rechtlich einzig die islamischen Glaubensgruppen mit den Bodenrechten des Vatikans den hiesigen Einheimischen und sind damit ihnen gegenüber weisungsbefugt. So werden geplante Bürgerkriege umgesetzt ohne dass die Beteiligten begreifen, was hier eigentlich gespielt wird.

Ganz ungeniert plaudert ein Nick Rockefeller die Ziele der intensiv beworbenen Emanzipation<sup>7</sup> oder schreibt der US Militärstrategie Thomas P. M. Barnett Bücher über das Endziel, der Zucht einer *hellbraunen Rasse* in Europa, welches durch jährlich 1,5 Millionen Einwanderern aus der Dritten Welt durchgesetzt wird, auch um den durchschnittlichen IQ auf 90 zu senken und damit die europäischen Länder als Konkurrenten auszuschalten und endgültig eine tausendjährige Kultur zu vernichten.

Da scheint ein aufgezwungenes Schweigegelübde der Bürgermeister zu TTiP nur ein kleiner Baustein des globalen Planes. Der letztendlich schon jetzt dazu geführt hat, dass heute weder den Gemeinderäten noch den Kreistagen Befassungs- oder Beschlusskompetenzen<sup>8</sup> im Hinblick auf eine politische Erörterung oder Bewertung der geplanten Freihandelsabkommen zustehen.

**Da kommen die Warnungen zum Doppik (KomDoppikLG) Verfahren und der Hinweis auf die persönliche Haftung aller Beteiligten nach § 823 BGB schon fast zu spät:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister<sup>9</sup>,  
unter Anweisung der EU sind 2007/8 alle Gemeinden als Unternehmen, mit der Zusage, den Begriff öffentlich rechtlich weiterhin nutzen zu dürfen, eingetragen worden. Befragen Sie Ihren Vorgänger gerne dazu. Damit kann ein Verein EU über Verwaltungsprogramme (z.B. DoppikKom) der Gemeinden deren Hab und Gut der Bürger als Jahresressource vermarkten. Ein Risiko, dass Sie als Bürgermeister tragen?  
Die Gemeinden und Städte, in ihrer Firmenstruktur, haben bereits nach „Landesgesetz“ seit 2011 das sogenannte Doppik (KomDoppikLG) eingeführt.

Diese Struktur ändert das System des Geldvermögens in ein imaginäres Eigenkapital und macht die Gemeinde zu einer leeren Hülse, da alle Werte angefangen vom Kindergarten, der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, den Schulen usw. in fremde Hände übergeben werden sollen.

Es wird das, von den Einwohnern der Gemeinden und Städten erarbeitete Vermögen den Gemeinden und Städten entzogen.

Damit wird gegen den Artikel 57 der „Landesverfassung für Niedersachsen“ verstoßen. Die Landesregierung greift zutiefst, gegen die Landesverfassung, in die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein und zwingt sie zur Entkernung ihres Eigentumsrechts.

<sup>6</sup> Zu beachten ist: 10 Jahren nach Unternehmensgründung der Gemeinden, also in zwei Jahren gilt Völkergewohnheitsrecht.

<sup>7</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=U2AYbtvixA> Weltherrschaft Dr. Michael Vogt

<sup>8</sup> <https://www.bundestag.de/blob/363092/3b88f5d39f5e7592a554d5e4ff680b13/befassungs--und-beschlusskompetenz-der-kommunalvertretungen-im-hinblick-auf-internationale-freihandelsabkommen-data.pdf>

<sup>9</sup> [http://os-landmark.de/index\\_htm\\_files/Buergermeister\\_haften.pdf](http://os-landmark.de/index_htm_files/Buergermeister_haften.pdf)

Es wird gegen Europäisches Gemeinderecht, gegen die HLKO Art. 56 (Übergeordnetes Recht für die Verwaltung des Landes Niedersachsen) und den SHAEF-Vertrag Nr. 52 Sperre und Kontrolle von Vermögen verstoßen.

**Sie persönlich und alle Beteiligten** sind, wenn Sie dieses Verfahren (auch über ICLEI) nach unserer Warnung einführen, **persönlich nach dem § 823 BGB von 1896 haftbar**. Sie und alle Beteiligten werden aufgefordert dieses Verfahren abzulehnen.

**Zu beachten ist auch die Einstufung von Kommunen beim Wertpapierhandel:**

Gemäß § 2 Abs. 1 der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) werden die Kunden von Wertpapierdienstleistungen in verschiedene Klassifizierungen eingestuft. Die Einstufung hat erheblichen Einfluss auf die geforderte Beratungsintensität der Finanzdienstleistungsunternehmen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat nunmehr in einem Schreiben an die Verbände der Finanzdienstleistungsunternehmen und der Kreditwirtschaft zu der Kundeneinstufung von Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten nach § 2 Abs. 1 WpDVerOV Stellung genommen, da nach ihren Erkenntnissen bei den Kredit- & Finanzdienstleistungsinstituten Unsicherheiten hinsichtlich der Kundeneinstufung von kommunalen Gebietskörperschaften bestehen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht stellt in dem Schreiben klar, dass Gemeinden, *Landkreise und kreisfreie Städte als Privatkunden i. S. d. § 31a Abs. 3 Wertpapierhandelsgesetz* (WpHG) gelten.

**Kommunale Gebietskörperschaften sind danach keine „regionalen Regierungen“** i. S. d. § 31a Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 WpHG und somit auch nicht professionelle Kunden i. S. d. § 31a Abs. 2 WpHG.

Da helfen keine Wutausbrüche und auch kein Schweigen, hier hat man fest geschlafen und wohl auf das falsche Pferd gesetzt, ist jahrelang einer Alliiertenpresse aufgelegt und hat den Geschichtsinterpretation der Siegermächte blind geglaubt.

Nun stehen die privatisierten Gemeinden als Wertpapier an der Börse und alle Haftenden hoffen, dass sie in diesem Jahr von der Konkurskrake verschont bleiben, die über das Land zieht. In Bürgermeisterseminaren beworbene aktive Währungswetten in Schweizer Franken<sup>10</sup> haben so manche Gemeinde das Rückgrat gebrochen und in den Konkurs getrieben. Dabei stellt § 31 im Wertpapierhandelsgesetz ja deutlich klar, dass hier Privatkunden spekulieren.

Denn seit 2007/8 haben wir die Gebietskörperschaft verjubelt und damit das staatliche Recht der Selbstbestimmung und nun stehen die Einwohner bundesweit auf staatenlosem Boden<sup>11</sup>, fest unter den Fittichen der Weltbank. Da schauert es einen schon, wenn man „Tribute von Panem“ sieht und unweigerlich gleichen sich die Welten der Phantasie und der Zukunft, steht doch schon die Eurogendfor vor der Tür, die unsere Ortspolizei abzulösen gedenkt und richtet ein Privatgericht über die Bürger, dass koordiniert und verwaltet wird über die US Firma *Intern. Vereinigung für Gerichtsverwaltung (IACA)*<sup>12</sup>.

### **Was ist die Lösung?**

Einen Weg haben sich mutige Bürger im Osnabrücker Land im Austausch mit pffigen Systemkritikern aus Ost und Süd erarbeitet und holen sich das hoheitliche Recht auf Kaisers Boden wieder zurück. Der damit erlangte Rechtskreis liegt über dem Seehandelsrecht, dem

<sup>10</sup> <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/aufwertung-des-franken-schulden-der-kommunen-explodieren-1.2309687>

<sup>11</sup> <http://os-landmark.de/buergermeisterbriefe.htm>

<sup>12</sup> <http://www.iaca.ws>



Recht der Hanse und über den Weltpostverträgen. Aufbauend auf einen Staat von 1914, der durch keinen Vertreter Piratenverträge unterzeichnet hat, ergibt sich in der Gemarkung der Gemeinden das Recht der Gebietskörperschaften<sup>13</sup>, die folgende gemeinsame Kriterien aufweisen:

- Die Pflichtmitgliedschaft aller, im abgegrenzten Gebiet einer Gebietskörperschaft wohnenden Bürger und Unternehmen, die hier hin ihren Wohnsitz oder Rechtssitz verlegen.
- Die Gebietshoheit, die berechtigt ist, in ihrem Hoheitsgebiet aufgrund ihrer Hoheitsgewalt eine Rechtsordnung zu erlassen, die für alle ansässigen Bürger und Unternehmen gilt.
- Einer Organisationseinheit, der einzelne staatsrechtliche Aufgaben in den Gemarkungsgrenzen zugewiesen sind, die in der Verfassung und geltenden Reichsgesetze<sup>14</sup> geregelt sind.
- Das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.<sup>15</sup>
- Die im Notstand aktivierte Gemeinde wählt einen Ortsvorsteher oder Bürgermeister, der als Verweser dieser Gemarkung im hoheitlichen Recht Staatsangehörigkeitsausweise oder Heimatzertifikate erstellen darf, deren Rechtsgültigkeit zweifelsfrei über den Ausweisen der Unternehmensgemeinden steht.

Die hoheitliche Macht auf der Gemarkung der Gemeinde begründet sich aus den vom Papst/Vatikan übertragenen Bodenrechte an den Kaiser/König. So wurden Gesetze beispielsweise mit der Einleitung veröffentlicht:

**„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen & c. & c. verordnen, unter Zustimmung beider Kammern, was folgt: ...“**

Der Vatikan leitet sein Bodenrecht wiederum aus dem Missionsbefehl ab, den Christus angeblich<sup>16</sup> so gegeben haben soll<sup>17</sup>:

*„Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe.“*

Wir finden dieses Recht auch in Konkordaten<sup>18</sup>, in denen die Kirche als Oberhaupt und die weltliche Staatsgewalt als Untertan dasteht.

Reisen wir weiter zurück, um uns *Lebenden* selbst aus dem Bann der Weltherrscher zu befreien, gelangen wir auf die *Erzväter* aller im Vatikan vertretenen mosaischen Glaubensformen<sup>19</sup>. Das Recht des Anspruchs auf Weltherrschaft, dass für alle Bibelgläubigen<sup>20</sup> nach der Lehre des Jahwismus<sup>21</sup> von Abraham auf seinen später erblindeten, getäuschten Sohn Isaak<sup>22</sup>, der es fälschlicherweise an Jakob übertrug.

<sup>13</sup> Wesentlich ist das unmittelbare Verhältnis, das zwischen Personen, Flächen und hoheitlicher Gewalt besteht.

<sup>14</sup> <http://dejure.org/gesetze/EGBGB/50.html>

<sup>15</sup> GG Art 28

<sup>16</sup> Begründet auf Eusebius' veränderter Aussage nach dem Konzil von Nicäa.

<sup>17</sup> Matth. 28,19

<sup>18</sup> Nach strengem römischem Sprachgebrauch schließt der Heilige Stuhl ein Konkordat nur mit einem katholischen Staatsoberhaupt, während die Verträge mit nicht-katholischen Regierungen *Konventionen* heißen. Staatskirchenverträge mit nicht-katholischen Religionsgemeinschaften, insbesondere mit evangelischen Kirchen, bezeichnet man dagegen als *Kirchenverträge*.

<sup>19</sup> Man versteht darunter die vollständige, den Israeliten von Gott durch Moses mitgeteilte Religionen. Dazu gehören alle durch Abraham und seinen Söhnen gebildeten Religionen,

<sup>20</sup> also für einen erheblichen Teil der Menschheit und besonders für die Thoragläubigen besitzt der Jakobsegen (Altes Testament 1.Buch Moses Kapitel 27) eine zentrale Bedeutung.

<sup>21</sup> Lehre Jahwehs

Der übergangene Esau bat damals seinen Vater Isaak um einen weiteren Segen, der dann so ausfiel: „Siehe, du wirst wohnen ohne Fettigkeit der Erde und ohne Tau des Himmels von oben her. Von deinem Schwerte wirst du dich nähren, und deinem Bruder sollst du dienen. Aber es wird geschehen, dass du einmal sein Joch von deinem Halse reißen wirst.“<sup>23</sup>

So steht Jakob für die mosaischen Glaubensrichtungen, wie Islam, Juden- und Christentum und Esau für die Anderen, die nicht bibelgläubigen Nichtjuden.

Auf unserem Weg der Befreiung aus der Kralle der Finanzherrschaft des Vatikans, entwickelt sich die Selbstbestimmung und Loslösung nur in der Verwirklichung des Esausegens, der die Freiheit, Gleichberechtigung und den Frieden für **beide** Brüder bzw. deren Nachkommen herbei zu führen hat. Wesentlich für alle Jahwegläubigen, dass sich der Esausegen als der letztlich stärkere Segen erweist<sup>24</sup>, so dass wir unsere Freiheit nur in freier Selbstbestimmung, Gleichberechtigung unter der Achtung des Gegenüber und Rechtswahrung für alle erlangen.

Beziehen wir uns auf diesem Weg auf unser Recht *der Befreiung vom falschen Weg* und setzen die Loslösung ohne Gewalt, ohne Unterdrückung und ohne Hetze durch<sup>25</sup>, eröffnet es uns die Schaffung einer friedlichen Welt, einer geschützten Heimat und Natur, einer Rechtsstaatlichkeit und einem **wir in Freiheit auf einem Boden, der dem Volk gehört**.

Den Sinn der Welt verwirklicht die von Weisheit erleuchtete und von Liebe erwärmte Tat des Menschen.  
Rudolf Steiner

---

<sup>22</sup> Esauseegen

<sup>23</sup> 1.Mos. 27/40 Übersetzung von Martin Luther

<sup>24</sup> [https://revalthetruthdotnet.files.wordpress.com/2015/09/der\\_plan\\_hinter\\_dem\\_offensichtlichen\\_2015.pdf](https://revalthetruthdotnet.files.wordpress.com/2015/09/der_plan_hinter_dem_offensichtlichen_2015.pdf) siehe Seite 11.

<sup>25</sup> 1. Mos. 27/40 Danach muß der, der den Esausegen mobilisiert nach dem Willen Jahwehs unantastbar bleiben.